

Wahlprüfsteine der KiTa-LEV Hessen

Landeselternvertretung für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege in Hessen

Antworten: DIE LINKE. Hessen

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

1. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für alle Familien zu gewährleisten? Planen Sie besondere Maßnahmen, um armutsgefährdete Familien zu unterstützen?

*Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die gerechte Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit verbessern. Wir wollen dazu flexiblere Arbeitszeitmodelle mit kürzerer Vollzeit ermöglichen. Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen müssen an die Familie angepasst werden und nicht umgekehrt. Daher wollen wir Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohn- und Personalausgleich mit für Beschäftigten passenden Arbeitszeiten. Die Rückkehr von Teilzeit in Vollzeit wollen wir dabei unterstützen und vereinfachen. Die Ausweitung von Sonntagsarbeit lehnen wir ab, der Einzelhandel muss wieder zu beschäftigtenfreundlichen Öffnungszeiten zurückkehren. Das gilt ganz besonders für den Öffentlichen Dienst, für den wir eine verkürzte, familiengerechte Wochenarbeitszeit mit 28 – 35 Stunden pro Woche als neue Regelarbeitszeit mit Lohn- und Personalausgleich einfordern. Das hessische Gleichstellungsgesetz muss entsprechend den Anforderungen der Frauen*beauftragten geändert werden. In Behörden und in der Landesverwaltung müssen die Rechte der Frauen*beauftragten gestärkt werden, so dass Benachteiligungen abgebaut werden und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert wird.*

Es muss Angebote zur Kinderbetreuung in Beratungsstellen für Alleinerziehende, Jobcentern und anderen Ämtern geben, sodass alle Alleinerziehenden diese Beratung auch wahrnehmen können.

Wir lehnen prekäre Arbeitsverhältnisse ab, die dazu führen, dass Eltern mehrere Jobs haben müssen, um über die Runden zu kommen. Dazu ist auch die Erhöhung des Mindestlohns dringend erforderlich. Für alle Aufträge und Maßnahmen des Landes ist ein wirksames Tarif- und Vergabegesetz des Landes erforderlich, das dazu führt, dass ein Mindestlohn von 14 Euro eingeführt wird und familiengerechte Arbeitsbedingungen vorhanden sind.

Die Gebührenfreiheit von Bildung ist eine entscheidende Voraussetzung für Chancengerechtigkeit und soziale Teilhabe. Für uns sind Kitas vor allem Bildungseinrichtungen, zu denen jede und jeder Zugang haben muss. Bisher gilt in Hessen eine Kita-Gebührenfreiheit für Über-Dreijährige mit maximal sechs Stunden pro Tag. Wir wollen eine generelle Kita-Gebührenfreiheit und schrittweise auf den gesamten Zeitraum des Rechtsanspruchs ab dem ersten Lebensjahr bis zum Ende der Grundschulzeit ausweiten.

2. Wie wollen Sie künftig sicherstellen, dass die Finanzkraft der Wohnortgemeinde nicht ausschlaggebend für die Teilhabe von Kindern an frühkindlichen Bildungsangeboten ist? Welche Partizipationsmöglichkeiten sollten Eltern in Bezug auf diese Thematik Ihrer Meinung nach haben und wie werden Sie diese realisieren?

Der Ausbau der Kita-Plätze muss in Hessen fortgesetzt werden. Dazu muss das Land weitere Investitionsmittel zur Unterstützung der Kommunen bereitstellen.

Wir brauchen eine deutlich erhöhte Betriebskostenförderung für Tageseinrichtungen für Kinder: Die Unterfinanzierung der hessischen Kindertagesstätten ist der Hauptgrund für die Probleme im Arbeitsfeld. Eine Verdopplung der Pauschale für die Umsetzung des Bildungsplanes von bisher bis zu 300 € pro Jahr und Kind, würde eindeutigen Anreiz zur qualitativen Entwicklung bieten. Aber auch die

*Grundpauschale kann durch eine Erhöhung zu einer spürbaren finanziellen Entlastung der – zumeist kommunalen - Träger führen. Diese ächzen zu Recht unter den stetig steigenden Herausforderungen in Zusammenhang mit dem Betrieb von Kindertagesstätten. Damit ist es möglich Erzieher*innen bessere Arbeitsbedingungen zu bieten und sie anzuwerben oder zu halten.*

Wir wollen interkommunale Kooperationen stärken, damit Kommunen mit hohen Bedarfen gegebenenfalls auch freie Kapazitäten in Nachbargemeinden nutzen können. Für Eltern, die in Schichten arbeiten, braucht es eine funktionierende Randzeitenbetreuung und eine gute Finanzierung sowie Qualifizierung der Kindertagespflege.

Aufbauend auf die Elternbeiräte in den Kitas soll es Stadt- und Kreiselternervertretungen geben, die vor der Beschlussfassung in den kommunalen Gremien gehört werden müssen. Außerdem sollen Sie Rede- und Antragsrecht für die Gremien erhalten. Dies gilt auch für die Landesebene. Zu diesen Vertretungen sollen Eltern der Kitas aller Träger wahlberechtigt sein, ebenfalls Eltern, die die Kindertagespflege nutzen, sowie Eltern, die trotz Rechtsanspruch keinen Platz bekommen haben.

3. Die aktuelle Betreuungslage wird derzeit nicht mittels einheitlicher Verfahren der Datenerhebung in allen Kreisen und Kommunen erfasst. Planen Sie diese Daten künftig zentral und einheitlich für das Land Hessen zu erheben?

Wir haben bereits viele Anfragen im Landtag gestellt, um Informationen über die Betreuungslage zu erhalten. Die Antworten waren allerdings nicht zufriedenstellend. Wir brauchen vor Ort überall Kita-Entwicklungspläne, die Aussagen zu den versorgten wie nicht versorgten Familien machen, die Wartezeiten erfassen sowie fehlende Plätze sowie nicht besetzte Stellen erfassen. Diese Daten müssen von Seiten des Landes erfasst werden. Nur so kann nachgesteuert und Maßnahmen von Seiten des Landes ergriffen werden, um ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot bereit zu stellen.

Diversität, Inklusion und Chancengerechtigkeit

4. Welche konkreten Maßnahmen werden Sie auf den Weg bringen, um auch Kindern mit spezifischen Bedürfnissen einen Zugang zur frühkindlichen Bildung zu gewähren, der ihren und den Bedürfnissen der Familien tatsächlich entspricht?

Wir wollen, dass jedes Kind in eine Kita gehen kann und dort die beste Förderung erhält. Dazu muss das Land die entsprechenden Bedingungen finanzieren und die Kommunen die baulichen und personellen Voraussetzungen schaffen. Das gilt auch für Horte und Ferienfreizeiten/-betreuungen. Die aktuelle Rahmenvereinbarung Integration des Landes Hessen muss durch ein unbürokratisches und passgenaues Förderinstrument ersetzt werden. Wir setzen uns auch dafür ein, dass Eltern nicht monatelang auf die Bewilligung ihres Antrages warten müssen, Kindern mit speziellem Hilfebedarf muss zeitnah und unbürokratisch geholfen werden.

5. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um den ressourcenorientierten Umgang mit migrationsbedingter Heterogenität und Mehrsprachigkeit in der KiTa zu fördern?

Wir wollen Teilhabe bereits in der Kita fördern. Frühkindliche Bildung ist der Schlüssel dazu, Unterschiede und ungleiche Startbedingungen durch die soziale Herkunft auszugleichen. Dazu braucht es eine ganztägige Kita mit Angeboten zur Sprachförderung, ohne Elternbeiträge. Sinnvoll ist ein diverses Team, so dass auf die Bedürfnisse der Kinder eingegangen werden kann. Dazu könnte man auch zusätzliche Kräfte einstellen, die berufsbegleitend eine Ausbildung machen, aber nicht auf den Fachkraftschlüssel angerechnet werden. Dies wäre allerdings eine Maßnahme, die von Seiten des Landes finanziert werden müsste.

Partizipation und Kinderschutz

6. Welche zusätzlichen Maßnahmen werden Sie ergreifen, um pädagogisches Fehlverhalten in Kitas (1) überhaupt zu bemerken, (2) systematisch zu dokumentieren, (3) dieses zukünftig zu unterbinden bzw. Gewalt in Kitas präventiv entgegenzuwirken und (4) Transparenz für Eltern hinsichtlich der Qualität von Kitas herzustellen? Sind neben den bestehenden punktuellen Qualitätskontrollen in unseren Kitas systematische und flächendeckende Qualitätskontrollen geplant, um sicherzustellen, dass die Rechte unserer Kinder gewahrt werden? Wenn ja, werden diese Ergebnisse den Eltern zugänglich gemacht und auf welchem Wege?

Wir sehen es als wichtig an, die Umsetzung der im Bildungsplan genannten Ziele zu gewährleisten: Starke Kinder, kommunikationsfreudige und medienkompetente Kinder, kreative, fantasievolle und künstlerisch tätige Kinder, lernende, forschende, entdeckungsfreudige Kinder, verantwortungsvoll und wertorientiert handelnde Kinder. Die praktische Umsetzung scheitert häufig an den miserablen Rahmenbedingungen. Umfragen unter Fachkräften zeigen, dass nur jede dritte die eigene pädagogische Arbeit als sinnvoll und zielorientiert wahrnimmt. Deshalb sollten wir alle Kraft in die Verbesserung der Rahmenbedingungen stecken, um die Qualität in den Kitas zu verbessern.

*Gleichzeitig wollen wir die Fachberatung ausbauen und landesseitig finanzieren. Insbesondere zur Stärkung des Kinderschutzes und zur Implementierung entsprechender Konzepte muss das Land Hessen neben dem Bildungs- und Erziehungsplan weitere Mittel für die Träger bereitstellen. Die Mitarbeiter*innen in den Jugendämtern, die für Aufsicht und Beratung zuständig sind, sind völlig überlastet. Sie müssen in die Lage versetzt werden, alle Einrichtungen der frühkindlichen Bildung regelmäßig zu beraten und aufzusuchen, Beschwerden nachzugehen und diese abzustellen. Berichte zu dieser Arbeit werden dann den Elternbeiräten zur Verfügung gestellt.*

Fachkräfte

7. Welche konkreten Maßnahmen sind geplant, um die Arbeitsbelastung unserer Fachkräfte durch die Öffnung des Katalogs sicherzustellen? Welche weiteren Maßnahmen planen Sie, um die Arbeitsbelastung zu reduzieren und die Arbeitszufriedenheit zu steigern?

Mit der Öffnung des Fachkräftekatalogs für andere Kräfte geht eine Dequalifizierung einher. Wir befürworten den Einsatz von multiprofessionellen Teams, jedoch nicht unter Anrechnung auf den Fachkräfteschlüssel. Unter diesen Umständen kann eine solche Öffnung eine Bereicherung und Erleichterung darstellen.

*Schon jetzt fehlt es überall in Hessen an Erzieher*innen. Mit der Einführung des Rechtsanspruchs auf den Ganztag in den hessischen Grundschulen ab 2026 droht sich diese Situation weiter zuzuspitzen. Dieser Gefahr muss insbesondere mit besseren Arbeitsbedingungen begegnet werden: Für jede Kita müssen eine Hauswirtschaftskraft und eine Verwaltungskraft finanziert werden um die Erzieherinnen und Erzieher zu entlasten. Wir brauchen eine gute Praxisanleitung für neue Kräfte (hierzu hat DIE LINKE einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht), Anerkennung und Vergütung der mittelbaren pädagogischen Arbeit sowie kleinere Gruppengrößen. Nur so werden Fachkräfte gehalten und die Attraktivität des Berufsfeldes erhöht.*

8. Werden Sie sicherstellen, dass der Prozess bei der Entstehung sogenannter „multiprofessioneller Teams“ von Anfang an verpflichtend und durch professionelle Anbieter begleitet wird (z.B. durch verpflichtendes Leitungs- und Teamcoaching)? Wie stellen Sie sicher, dass hierfür ausreichend Kapazitäten und finanzielle Mittel für jede KiTa zur Verfügung stehen?

Eine gute Praxisanleitung braucht Zeit, die wir den Erzieherinnen und Erziehern zur Verfügung stellen wollen. Sie ist die Voraussetzung für einen gelingenden Transfer von Erfahrungswissen für die neu in den Beruf eintretenden oder nach langen Pausen wieder in den Beruf zurückkehrenden Fachkräfte. Es ist wichtig, dass den angehenden Fachkräften gute Anleitungspersonen zur Seite stehen und ein großes Anleitungskontingent vorhanden ist. Gerade wer neu im Beruf anfängt, braucht eine gute Anleitung, sowie vielfältige Unterstützung und Begleitung. Diese Anleitungen benötigen auch eine

gute Zusatzqualifizierung, somit können wir auch die Arbeit erfahrener Kräfte aufwerten und diese im Beruf halten.

Die Ergänzung der schulischen Ausbildung um die praxisintegrierte vergütete Ausbildung (PivA) ist eine sinnvolle Maßnahme. Hier müssen seitens des Landes Hessen deutlich mehr Plätze finanziert werden. Interessierte mit mangelnden Deutschkenntnissen brauchen gezielte Unterstützung beim Spracherwerb. Wir brauchen für die Ausbildung mehr Lehrkräfte. Dazu muss das Land eigene Hochschulkapazitäten aufbauen, um Lehrkräfte für die Fachschulen zu gewinnen und auszubilden; weiterhin muss der Quereinstieg zu verbessert werden.

9. Wie wird sich die Evaluation der Auswirkungen der Öffnung des Fachkräftecatalogs gestalten?

Dazu können wir nichts sagen, da die Evaluation von Seiten des Ministeriums stattfindet. Allerdings werden wir gemeinsam mit Beschäftigten und der Dienstleistungsgesellschaft verdi die Auswirkungen dieser Öffnung genau beobachten und diese in die Diskussion um die Evaluation einbringen.

10. Planen Sie, zeitnah ein Qualifizierungssystem aufzubauen, in dem nicht einschlägig Qualifizierte systematisch in Richtung der staatlich anerkannten Abschlüsse qualifiziert werden?

Wir wollen Fortbildungen für nicht einschlägig qualifizierte Kräfte, die nach dem Bildungs- und Erziehungsplan additiv erlangt werden könnten. Dies kann selbstverständlich auch berufsbegleitend stattfinden. Die Weiterqualifizierung soll das Ziel haben einen Weg zur vollen Fachkraftanerkennung zu erhalten. Multiprofessionalität braucht eine klare Konzeption, Qualifizierung und Augenhöhe im Team. Nachqualifizierungen sind insbesondere für Fachkräfte sinnvoll, die im Ausland einen pädagogischen Beruf absolviert haben und deren Ausbildung nicht anerkannt ist. Hier besteht ein hohes Arbeitskräfte-reservoir, das gehoben werden muss.

11. Welche weiteren Maßnahmen sind geplant, um mittel- und langfristig qualifiziertes Personal zu gewinnen und bestehendes Personal zu halten?

Dem Fachkräftemangel muss in erster Linie mit besseren Arbeitsbedingungen begegnet werden: Eine gute Praxisanleitung für neue Kräfte, Anerkennung und Vergütung der mittelbaren pädagogischen Arbeit, kleinere Gruppengrößen sind entscheidende Faktoren. Allerdings sollte auch über eine Vergütung entsprechend den Anforderungen des Berufes nachgedacht, außerdem eine stärkere Akademisierung auf den Weg gebracht werden, wie es in vielen anderen Ländern bereits praktiziert wird.

Die Ausbildungskapazitäten müssen dringend erhöht werden, dazu sind mehr Lehrkräfte erforderlich. Es ist erschreckend, wenn die Landesregierung auf die Frage der LINKEN antwortet, dass sie keine Notwendigkeit für eine eigene Hochschulausbildung für Lehrkräfte sehen, da diese ja aus anderen Bundesländern kommen können.

Elternbeteiligung

12. Wie werden Sie die KiTa-LEV konkret dabei unterstützen, diese fehlenden Strukturen zeitnah aufzubauen? Beantragen Sie derzeit die Gründung von Gemeinde- und Kreiselternvertretungen und wenn ja, in welchen Gemeinden und Kreisen? Wie stellen Sie sich die Zusammenarbeit mit der KiTa-LEV vor?

Die schwarz-grüne Landesregierung hat mit Ihrer viel zu kurz greifenden Kannregelung für die kommunale Ebene nicht einmal ernsthaft versucht das Problem wenigstens mittelfristig zu lösen. Im Ergebnis werden die Kita Eltern auch künftig als Bittsteller vor den kommunalen Gremien auftreten müssen. Wir als Linke beantragen in den kommunalen Parlamenten entsprechende Strukturen einzurichten und damit den Eltern eine bessere Partizipation zu garantieren

Es ist unverständlich, warum der schulische Landeselternbeirat verschiedene Auskunfts- und Vorschlagsrechte, Anhörungsrechte und Zustimmungspflichten besitzt, während die Landeselternvertretung nur ein Anhörungs- und Informationsrecht erhalten soll. Dies gilt ebenfalls für

die Gemeinde- und Kreis-/Stadtelternvertretungen. Die besondere Fürsorge bei kleinen Kindern und die aufgrund des Alters nochmals wichtigere Vertretung ihrer Stimme durch ihre Eltern sowie für das Gelingen einer erfolgreichen Erziehungspartnerschaft ist es wesentlich, dass die Elternvertretungen das gleiche Mitspracherecht erhalten wie der schulische Kreis- und Landeselternbeirat

Eine qualitativ hochwertige Kindertagesbetreuung und eine optimale frühkindliche Bildung gelingen nur in Kooperation zwischen Kita-Träger, Kita-Leitung, pädagogischem Personal und Eltern. Auch in den politischen Gremien auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene zeigt sich, dass eine Vertretung der Eltern wertvolle Impulse für die Diskussion geben.